

Zukunft der Medienlandschaft

Die Steuerzahler sollen die Medienförderung bestimmen

Ohne Medienförderung durch den Staat keine Medien. Liechtenstein richtete 2024 Fördermittel in Höhe von 4,4 Millionen Franken aus, wobei der überwiegende Anteil an den damals noch existierenden Radiosender und an das Vaduzer Medienhaus mit dem «Liechtensteiner Vaterland» ging.

Die Studie «Journalismus im Kleinstaat» der Stiftung Zukunft.li unterbreitet einen alternativen Vorschlag: Die Steuerzahler sollen über die Höhe der Förderung an die einzelnen Medien befinden.

Text: Günther Meier

«**M**edien sollen eine Forums-, Kontroll- und Integrationsfunktion in der Gesellschaft erfüllen», definiert die Studie der Stiftung Zukunft.li die Aufgabe der Medien. Davon ist die Medienlandschaft Liechtensteins nach Einschätzung der Studie aber noch weit entfernt. Weil sich die erforderlichen Mittel für unabhängige Medien auf dem liechtensteinischen Medienmarkt offensichtlich nicht ohne Unterstützung durch den Staat generieren lassen, spricht die Studie von einem Marktversagen. Ausserdem gebe es ein Staatsversagen, weil «Medienpolitik häufig ein Tummelplatz für politische Einflussnahme» sei. Die Studie «Journalismus im Kleinstaat» befasst sich deshalb ausführlich mit möglichen Modellen für die staatliche Medienförderung, ohne deren Hilfe keine Medien existieren können, sofern Ansprüche nach Ausgewogenheit oder Meinungsvielfalt gestellt werden. Gleichzeitig legt die Studie aber auch dar, dass es zu den Aufgaben des Staates gehöre, Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, die vom Markt gar nicht oder nicht in optimaler Menge und Qualität angeboten werden – wie vollständig privat finanzierte Medien.

Medienförderung muss wettbewerbsneutral sein

Viele Länder kennen Medienförderung durch den Staat, aber die einzelnen Modelle sind sehr unterschiedlich. Mit Fördermitteln werde sowohl in den wirtschaftlichen als auch in den publizistischen Wettbewerb eingegriffen, stellt die Studie dazu fest. Es gelte daher, eine Verzerrung dieses Wettbewerbs zu verhindern, denn Verzerrungen würden die Medienvielfalt untergraben. Sie können dann eintreten, wenn einzelne Medien, egal ob private Unternehmen oder öffentlich-rechtliche Anstalten, durch Fördermittel des Staates bevorzugt werden. Gleichzeitig fordert die Studie, dass die staatliche Medienförderung die redaktionelle Unabhängigkeit von Medien nicht gefährden dürfe: «Damit Medien ihre Funktionen erfüllen können, müssen die Redaktionen unabhängig sein und im Wettbewerb stehen.» Staatliche Unterstützung müsse auch die Medienfreiheit berücksichtigen, wie sie in der Verfassung festgelegt ist. Der entsprechende Artikel 40 lautet: «Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung innerhalb der Schranken des Gesetzes und der Sittlichkeit seine Meinung frei

zu äussern und seine Gedanken mitzuteilen.» Die Studie betont, Medien sollten von staatlicher Beeinflussung unabhängig sein und führt dazu aus, dass eine direkte staatliche Förderung der Medieninhalte untersagt sei. Ausserdem noch: «Es gibt auch kein Recht auf die Veröffentlichung staatlicher Informationen in geförderten Medien.»

Fördermodelle des Staates sollten sich nach den Vorstellungen der Studie nach Kriterien wie Effizienz und dem bürokratischen Aufwand richten. Als Beispiel wird die Volksabstimmung über den Status von Radio Liechtenstein genannt, insbesondere die damals geführten Diskussionen über die Höhe des Staatsbeitrags. Diese hätten gezeigt, dass Fördermodelle auch danach beurteilt werden sollten, wie effizient die mit der Förderung verfolgten Ziele erreicht werden: Die Höhe der Fördergelder sollte also im Verhältnis zum Nutzen stehen. Obwohl die Abstimmung über die Radio-Förderung bachab gegangen ist, kann daraus laut der Studie keine grundsätzliche Abneigung gegen die Förderung der Medien abgeleitet werden. Eine Studie des Liechtenstein-Instituts komme nach einer Umfrage



zum Schluss, dass die staatliche Förderung für private Medien unumstritten sei. Allerdings, darauf weist die Zukunftsstiftung ausdrücklich hin, müsse bei der Ausrichtung von Medienförderungen mit dem Geld der Steuerzahler haushälterisch umgegangen werden.

Szenario: Bevölkerung legt die Medienförderung fest

Weil Medienförderung, wie man aus der Erfahrung aus Liechtenstein und anderen Ländern weiss, nicht unumstritten ist, schlägt die Zukunftsstiftung den Übergang auf eine «demokratische Medienförderung» vor: «Die Bevölkerung und nicht eine Bürokratie verteilt die Förderungssumme auf die einzelnen Medienorganisationen.» Mit diesem Modell würde die Medienförderung abgekoppelt von der Nutzung der Medien durch das Publikum. Sie liege stattdessen im Ermessen oder der Neigung der einzelnen Menschen. So werde eine Publikation, ein Sender oder ein Kanal unterstützt, der am meisten geschätzt wird oder von dem man glaubt, dass er am meisten zur Vielfalt beiträgt. Die Zuerkennung der Medienförderung könnte nach dem Vorschlag der Studie über die Steuererklärung erfolgen. Die Steuerzahler legten dort fest, welchem Medium sie die Förderung zugestehen wollen.

Ganz frei allerdings, schlägt die Zukunftsstiftung vor, dürfe diese Zuteilung nicht sein. Es müssten gesetzliche Mindeststandards in Sachen Qualität definiert werden, die ein Medium zu erfüllen habe, um in den Genuss der Medienförderung zu gelangen. Damit die Zuteilung der Medienförderung nicht zum Lotto-Spiel verkomme, müsste für eine gewisse Berechenbarkeit der Zuwendungen gesorgt werden. Die Beiträge könnten beispielsweise

für zwei aufeinanderfolgende Jahre gewährt werden, damit die Medien sicherer planen oder budgetieren könnten. Was passiert, wenn jemand in der Steuererklärung auf die Förderung verzichtet? Auch diese staatlichen Gelder sollten verteilt werden, etwa im Verhältnis zur Gesamtverteilung. Ausserdem müsste man sich überlegen, einen Mindestbeitrag für förderungswürdige Medienunternehmen vorzusehen – ebenso wäre zu überlegen, einen Höchstbetrag pro Jahr festzulegen.

Die Zukunftsstiftung ist überzeugt, dass das Vertrauen in die Medien mit dem Einbezug der Bevölkerung in die Medienförderung gestärkt werde. Verantwortlich dafür sei das vorgeschlagene Modell: «Die Beurteilung der Qualität und des Beitrags zum Meinungspluralismus und zur Informiertheit erfolgt dezentral und vergleichend.» Die Medien müssten der Bevölkerung mit ihrer Leistung an Information und Unterhaltung klarmachen, warum sie für die gesamte Gemeinschaft wichtig seien – und dafür die Medienförderung erhalten sollten.

Wettbewerb um die Förderungswürdigkeit

Staatliche Fördersysteme hätten ein Problem zu bewältigen, heisst es in der Studie. Einerseits gehe es um die Zielgenauigkeit der Förderung, auf der anderen Seite um die Unabhängigkeit der Medien. Mit dem vorgeschlagenen Modell «demokratische Medienförderung» verteile nicht mehr eine Bürokratie die bereitgestellten Gelder, sondern die Bevölkerung. Damit verringere sich der Einfluss der politischen Kräfte auf die Förderung. Einen weiteren Vorteil sieht die Zukunftsstiftung darin, dass die Verteilung der Fördermittel unabhängig

von der Mediennutzung erfolgte: Also nicht mehr jenes Medium mit der grössten Reichweite erhalte am meisten Staatsgelder, sondern jenes Medium mit der grössten Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese Voraussetzung könne zu einem verstärkten Wettbewerb unter den Medien beitragen, die bei ihren Angeboten die Aufmerksamkeit des Publikums treffen müssten. Damit bei der Zuteilung der Fördergelder die Gunst der Mediennutzer nicht das einzige Kriterium bilde, könnte laut Studie ein Qualitätskriterium eingeschoben werden. Beispielsweise könnten zwei Drittel der Fördersumme durch die Mediennutzer vergeben werden, ein Drittel durch eine Medienkommission. Deren Vergabe sollte nach qualitativen Kriterien erfolgen: bei der Berichterstattung, beim ausgewogenen Themenmix, bei der Vielfalt der Positionen, eventuell auch unter Einbezug der Journalistenausbildung.

Internationale Fachjury für Anschubfinanzierung neuer Medien

Um wieder zu einer breiteren Medienvielfalt zu gelangen, spricht sich die Studie für neue Finanzierungsmöglichkeiten aus. Hervorgehoben wird die bereits mögliche Anschubfinanzierung mit staatlichen Geldern. Das Ziel sollte aber nicht sein, so viele Start-ups wie möglich zu unterstützen. Vielmehr sollten nur Geschäftsmodelle gefördert werden, die nachvollziehbar tragfähig sind oder sich im Ausland bereits bewährt haben. Zudem müssten die als förderungswürdig befundenen neuen Medien zur Stärkung der Meinungsvielfalt und zur Verbesserung mit demokratiepolitischen Informationen beitragen. Bei der Vergabe von Anschubfinanzierungen schlägt die Zukunftsstiftung den Einsatz einer «Fachjury mit internationaler Erfahrung» vor.